

Es geht auch anders: KPÖ-Politikerinnen und -Politiker spenden einen großen Teil ihres Einkommens



Für alle KPÖ-Politiker gilt eine Einkommensgrenze von maximal 2.200 Euro netto aus ihren Bezügen als Politiker. Der Rest wandert in einen Sozialfonds. 2012 spendeten die Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und die Grazer Stadträtin Elke Kahr 127.622 Euro. Insgesamt wurden bereits 1,3 Millionen Euro in den Sozialfonds eingezahlt, um weniger begüterten Steirern schnell und unbürokratisch zu helfen. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Ich behalte mir von meinem Einkommen lediglich 2.100 Euro. Uns KPÖ-Politikern geht es darum, daß wir uns mit unseren Einkommen von der Masse der arbeitenden Menschen nicht entfernen. Wer vier- oder fünftausend Euro verdient, hat keine Ahnung vom Leben eines Durchschnittsverdieners.“

KPÖ hält Wort: 4.935 Euro an BH zurückgezahlt

Seit Jahr und Tag bekommen die in den Gemeinderäten unseres Bezirks vertretenen Parteien jährlich ein sogenanntes „Schulungsgeld“ für ihre Gemeinderäte. Dieses Geld zahlt die Bezirkshauptmannschaft aus, wird aber aus den Budgets der Gemeinden gespeist. Derzeit werden 5,41 Euro pro Wahlberechtigtem eingehoben. 2006 wurde der Betrag erhöht und mit einer Wertsicherungsklausel versehen. Einzig die KPÖ hat gegen diese Erhöhung gestimmt. Seither zahlte die KPÖ bereits 25.880 Euro zurück und widmete diesen Betrag sozialen Zwecken.



Am 14. April:



Gabi Leitenbauer

KPÖ
Liste 5

Impressum: KPÖ, 8700, Pestalozzistraße 93

Liebe Trofaiacherin, lieber Trofaiacher!

„Wenn Sie der Meinung sind, es ist gut, daß die KPÖ im Gemeinderat und im Stadtrat ihre Stimme erhebt und ich meine Arbeit als Vizebürgermeisterin fortsetzen soll, bitte ich Sie am 14. April um Ihre Stimme. Sollten Sie an diesem Tag verhindert sein, können Sie bereits am Freitag, 5. April, an der vorgezogenen Wahl teilnehmen. Ich kann Ihnen versprechen, ich werde meine Arbeit so fortsetzen, wie Sie mich über all die Jahre kennengelernt haben.“

Ihre Gabi Leitenbauer

Gemeinderatswahl Trofaiach 14. April

- Freunderlwirtschaft
- Gebührenerhöhungen?
- Belastungen
- Ausverkauf

Schluß damit!



KPÖ

Klein – aber mit Biß

Gabi Leitenbauer: Die läßt Sie nicht im Stich!

Gabi Leitenbauer und die KPÖ lassen sich im Gemeinderat vom Grundsatz leiten: das Leben der „Menschen wie Du und Ich“ zu verbessern und deren Sorgen ernst zu nehmen. Konzerne, Banken und Privilegierte haben keine Unterstützung notwendig. Gabi Leitenbauer schaut lieber auf die einfachen Menschen. Vieles, was im Gemeinderat gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen wurde, hat sich als Nachteil für die Bevölkerung erwiesen. Der Verkauf von knapp der Hälfte unserer Stadtwerke an Judenburg bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den Verkauf der Hälfte unseres Gebührenhaushaltes. Die Gewinne von Strom, Wasser, Müllabfuhr und Kanal gehen zur Hälfte an die Stadtwerke Judenburg. Die geben den Takt vor, während unsere Bürger zahlen müssen. Die Mitsprache des Gemeinderates bei den Stadtwerken wurde ausgeschaltet. Wäre es nach Bürgermeister Abgegangen, hätte die Bevölkerung mitten im Wohngebiet ein Krematorium vor die Nase gesetzt bekommen. Eine Bürgerinitiative hat das verhindert. Einzig die KPÖ hat die Anrainer von Anfang an im Gemeinderat unterstützt. Während unten gespart wird, schmeißt man oben das Geld beim Fenster hinaus. Beim neuen Hauptplatz wurden die Baukosten um 35 Prozent überschritten; 812.000 Euro hat der „Spaß“ gekostet. Statt für eine zukunftsfähige S-Bahn einzutreten, wurde auf ein verdichtetes Buskonzept gesetzt, um der OKVG nicht ins Handwerk zu pfuschen. Deren ehemaliger Geschäftsführer saß als Obmann des Verkehrsausschusses für die SPÖ im Gemeinderat. Dafür sitzt Trofaiach jetzt zwischen allen Stühlen; es gibt keine S-Bahn und kein Buskonzept. Die KPÖ hatte nur 5 von 25 Sitzen im Gemeinderat und einen von 5 Sitzen in der Stadtregierung. Trotzdem konnte sie einiges durchsetzen: Die desolaten Balkone in der Reichensteinstraße werden endlich saniert, in Trofaiach-Nord kommt vielleicht doch ein Nahversorger, eine Luftgütemeßstation wurde errichtet. Vieles wurde gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen: Die extreme Erhöhung der Hundesteuer, die jährlichen Gebührenerhöhungen bei Müll, Wasser, oder Kanal, die Errichtung eines Krematoriums, der Verkauf unserer Stadtwerke oder die Kürzung der Subventionen für unsere ehrenamtlichen Vereine. Da war die KPÖ gerne der einzige Nein-Sager.



Klein, aber mit Biß

KPÖ

Liste 5

